

Verantwortl. Redakteur: B. Schröder in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 12. November. H. v. Schöbel theilt über den Anteil des Herrn v. Bismarck-Schönhausen an der Ernennung des Ministeriums Brandenburg im November 1848 folgendes mit: Unter dem Druck einer wüsten Straßen-demagogie, welcher ernstlich entgegenzutreten die schwachen Ministerien des Sommers nicht wagten, war die Mehrheit der Berliner National-Versammlung mehr und mehr unter die Herrschaft der Finten gerathen, was dann bei ihrer gefeierten Thätigkeit in greller Weise zum Ausdruck gelangte. Bei dem Könige wuchs der Zorn über diese Zustände mit jeder Woche, daneben aber auch die Beforgnis über die schlimmen Folgen, welchen er durch ein energisches Einschreiten sich und den Staat aussetzen könnte. Er sah damals häufig einen seiner tapfersten Vorkämpfer im vereinigten Landtag, Herrn von Bismarck-Schönhausen, und hatte seine Freunde an der fräftigen Frische und der reichen Gedankenfülle des jungen Mannes. Einmal, auf der Terrasse der Drangerie bei Potsdam, besprachen sie wieder die Unverträglichkeit der Lage und die Mittel zur Abhilfe. Ein scharfes Auftreten, meinte der König, könnte zu gefährlich werden. Bismarck erwiderte, nur die Unlöslichkeit würde Gefahr bringen, also Muth und Muth und wieder Muth, und Majestät werden liegen. In diesem Augenblick trat die Königin hinter einen kleinen Gebüsch mit dem Ausruhe hervor: aber Herr von Bismarck, wie können Sie in solchen Ausdrücken mit Ihrem Könige reden? Daß ihn nur, sagte der König lachend, ich werde ihn schon unterlegen — und setzte die Erörterung seiner juristisch haltenden Taktik fort. Bald aber trieben die Ereignisse immer drängender zur Entscheidung. Nach der Niederwerfung des Frankfurter Aufstandes verlegte der deutsche Demokratenkongress seine Zusammenkünfte nach Berlin, was dann eine weitere Erhöhung der radikalen Vereine und des auf sie schwebenden Proletariats, sowie entsprechende Beschlüsse der National-Versammlung zur Folge hatte.

Schon im September hatte der König den aus Holsheim zurückgekehrten General v. Brangel zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt; er befehligte dort drei Divisionen, und verführte in einem drohenden Manifest, daß seine wesentliche Aufgabe der Schutz der Ordnung sei. Am 21. Oktober wurde General Graf Brandenburg aus Breslau nach Potsdam berufen; wir haben erwähnt, mit welcher fester Hand er während des Sommers in Schlesien jede Unruhe unterdrückt hatte; auf ihn hatte jetzt Bismarck die Aufmerksamkeit des Königs gelenkt. Brandenburg war kein Fanatiker der Reaction, sondern bei unerschütterlicher Entschlossenheit in der Bekämpfung der Anarchie ein Mann von gemäßigter Gesinnung und vorurtheilsloser Auffassung, in politischen Fragen nicht von schillernder Genialität, aber klarem Verstande, unbedingter Zuverlässigkeit und nicht zu beirendem Ehrgefühl. Ihm kündigte in Potsdam Herr v. Bismarck an, daß der König ihn zum Ministerpräsidenten bestimmt habe. Als Graf Brandenburg erklärte, er wisse dies hohe Vertrauen dankbar zu würdigen, aber er sei kein Staatsmann und unterfahre in politischen Geschäften, erläuterte ihm Herr v. Bismarck, es handle sich zunächst um keine verwickelten Fragen, sondern einfach um die Verfertigung der Ordnung und Gerechtigkeit. Der Graf erwiderte nun, wenn ich der Elephant sein soll, welcher die Revolution zertritt, so bin ich bereit; dann aber muß ich einen Kormak haben, der in politischen Dingen Bescheid weiß, sonst geht die Sache doch nicht gut. Herr v. Bismarck fragte, wen er dazu im Sinne habe. Der Graf sagte: der einzige von den Herren, den ich persönlich kenne, ist der Ministerialdirektor v. Mantensfel. Der König war einverstanden, und Bismarck überbrachte Herrn v. Mantensfel die Botschaft nach Berlin. Hier zeigte es sich, daß der Graf, Mantensfel meinte, das Volk würde ihn zerreißen, wenn er als Minister in der National-Versammlung erschiene; indessen gelang es Bismarck, ihn zu beschwichtigen und zur Annahme zu bestimmen. Der zur Uebernahme des Kriegsministeriums berufene General v. Strothmann nahm die Sache einfach. In einiger Zeit kam er aus seiner rheinischen Garnison nach Berlin, gerade an dem Morgen, wo die neuen Minister in der Nationalversammlung erscheinen sollten. Er trat bei Bismarck ein, fragte nach keinem politischen Programm, sondern nur nach dem für die Sitzung befohlenen Kostüm, Uniform oder Zivil.

Staatssekretär v. Böttcher ist von Friedrichshagen zurückgekehrt. In den Erörterungen, die er dort mit dem Reichskanzler pflog, handelte es sich namentlich auch um den Termin für die Reichstagswahlen. Es heißt, daß die Behörden zu beschleunigter Aufstellung der Wählerlisten angehalten werden sollen, die bekanntlich vier Wochen vor dem Wahltag zur Kenntnisaufnahme der Wähler ausgelegt werden müssen. Das deutet auf einen sehr nahen Wahltermin. Man nimmt an, daß der Reichstag, wenn irgend möglich, noch vor Weihnachten geschlossen werden und daß dann die Wahlen im Anfang des nächsten Jahres stattfinden sollen. Für die Wählerchaft ist das ein denklicher Fingerzeig, sich mit ihren Wahlvorbeurtheilungen zu besinnen.

Eine große hochpolitische Rede des Fürsten Bismarck wird offiziell in einem Berliner Telegramm der „Damb. Nachrichten“ wie folgt für den Reichstag in Aussicht gestellt: „Es gilt als wahrscheinlich, daß der Fürst noch im Laufe dieses Monats hier eintrifft, um in die Reichstagsverhandlungen einzugreifen. Daß es dabei zu einer Darlegung der Haltung Deutschlands den Orientfragen gegenüber kommen könnte, wird vielfach für zutreffend gehalten.“

Wie das „Wiener Extrablatt“ meldet, soll Kaiser Franz Josef das deutsche Kaiserpaar von Innsbruck bis Rosenheim begleiten. Die Wirtungen des Wuchergesetzes vom 24. Mai 1880 werden von der „Post“ geprieft, die sich dabei auf das Urtheil des Vereins für Sozialpolitik beruft. Die Rathgeber des Vereins haben allerdings die kriminelle Bestrafung des qualifizierten Wuchers lebhaft empfohlen, aber auch sie führen heute eine weitestgehend andere Sprache als vor 1880. Damals hielten sie Wucherdinge von dem Erlaß eines solchen Gesetzes, heute legen sie mit Recht das Hauptgewicht

auf die vorbeugenden Maßregeln, auf die Mittel, welche es verhindern können, daß der Kreditwürdigkeit dem Wucher anheimfalle, auf seine Bekämpfung und überhaupt auf die Hebung der Bildung, auf eine bessere Organisation des Kredits. In der Beurtheilung des Wuchers und des Wucherers stimmen wir Alle überein. Streng ist nur, welche Mittel am besten dagegen Hilfe bringen können. Uebrigens sehen wir in der Wucherfrage durchaus keinen Kardinalpunkt wie in der Währungsfrage oder in der Vertheuerung und Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel. Die Bestrafung des qualifizierten Wuchers gewährt, was sie wirklich den Schuldigen erweist, dem Gerechtigkeitssinn eine gewisse Befriedigung, weil das, was allgemein und mit Recht verurtheilt wird, auch nach den Gesetzen des Staates seine Strafe findet. Leider gelangen die wenigsten wirklich Schuldigen zur Bestrafung; meist nur die, welche es sehr klump angestellt haben; die Gerichten erfinden immer neue Methoden, durch welche sie den Mäusen des Gesetzes entfliehen. Der Wucher hat in Folge des Wuchergesetzes durchaus nicht abgenommen; er hat nur schlimmere Formen angenommen.

Das Lösungscommando für S. M. Kreuzer „Dachau“, Kanonenboot „Häyne“, Fahrzeug „Nachtag“, und „Cyclop“ unter Führung des Korvetten-Kapitän's Burch ist am 16. Oktober er. mit dem Dampfer „Zulu Böhlen“ in Kamerun angekommen und die abgelassenen Besatzungen dieser Fahrzeuge haben unter Führung des Korvetten-Kapitän's Mittmeyer am 2. November er. mit dem genannten Dampfer von Kamerun aus die Heimreise angetreten.

In Halle a. S. findet am 1. Dezember ein nationaler Parteitag für die Provinz Sachsen statt, bei welchem die Abgg. Dr. Buhl, Böttcher und Friedberg als Redner auftreten werden.

Die Abtheilung Köln der deutschen Kolonialgesellschaft hat an die Vorstände der übrigen Abtheilungen ein Schreiben ergehen lassen, in welchem sie zum Anschluß an folgende dem Reichstag vorzulegende Eingabe auffordert: Der hohe Reichstag wolle der Reichsregierung die in dem vorliegenden Etat geforderten Mittel zur Errichtung einer Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes bewilligen, und zugleich die Erwartung aussprechen, daß die Reichsregierung möglichst bald dem Reichstag die in Aussicht gestellte Vorlage wegen Errichtung eines selbstständigen Reichskolonialamtes unterbreiten werde.

In der beigegebenen Begründung wird nachfolgendes ausgeführt: Die Verwaltung von Kolonien in fernen Erdtheilen setzt eine Summe besonderer Kenntnisse und Erfahrungen und ein Einleben in fremdartige Verhältnisse voraus, auf welche die uns geläufigen europäischen Begriffe keine Anwendung finden. Fehlen diese Kenntnisse und Erfahrungen, wie es zur Zeit bei uns in den weitesten Kreisen wegen der Neuheit der Sache naturgemäß noch der Fall ist, so sind zunächst Mißgriffe und Mißerfolge, namentlich im Wettbewerb mit alten Kolonialvölkern unvermeidlich. Gerade solche anfängliche Mißerfolge sind aber leicht dazu geeignet, das Vertrauen in die Entwicklungsfähigkeit, ja, in den Bestand unserer ganzen kolonialpolitischen Vorhaben im Volk zu erschüttern, und da auf die Dauer eine kolonialpolitische ohne thätige Mitarbeit weiterer Kreise des Volkes ihrer Natur nach unmöglich ist, so können anfängliche Mißgriffe für die ganze Zukunft unserer überseeischen Politik verhängnisvoll werden. Um dies zu verhindern, haben wir allen Anlaß, die verhältnismäßig noch geringe kolonialtechnische Erfahrung und Sachkenntnis, über welche unsere Nation verfügt, nicht zu zersplittern, sondern sie von vornherein nach Möglichkeit zusammenzufassen in einer besonderen Behörde, welche die politische Zentralverwaltung unserer Kolonien führen und die kolonialwirtschaftlichen Versuche deutscher Unternehmer in ihren schwierigen Anfängen thätig unterstützen sollte. Was die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben dieses Kolonialamtes im einzelnen betrifft, so dürfen wir wohl auf die Schrift „Zünft Jahre deutscher Kolonialpolitik“ von Professor Dr. Friedrich Fabri Bezug nehmen, welche den Anstoß zur aktuellen Behandlung dieser Frage in Deutschland gegeben hat. Die selbstständige Entscheidung, natürlich unter der verfassungsgemäßen verantwortlichen Oberleitung des Reichskanzlers, sollte dem Kolonialamt zugehen in Fragen der gesamten innern Politik unserer Kolonien. Hierzu wäre u. a. zu rechnen die eigentliche Verwaltung in den internationalen Beziehungen der Kolonialländer und die damit zusammenhängende höchst schwierige Behandlung der Eingeborenen, deren wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse ebenso verschieden wie eigenartig und mit einer Jahrhundertlangen besonderen geschichtlichen Entwicklung aufs engste verknüpft sind. Ebenso könnte das Kolonialamt entscheiden in Fragen, welche sich auf eine Organisation der Auswanderung und auf die Förderung deutscher Erwerbsunternehmungen im Auslande beziehen. Die von der Reichsregierung im Etat für 1890/91 beantragte Organisationsänderung im auswärtigen Amt kam nur als ein einstweiliger Nothbehelf angesehen werden, der dem auswärtigen Amt die für die weitere Bearbeitung der Kolonialsachen dringend erforderliche größere Zahl von Arbeitskräften verschafft. Eine ständige Einrichtung dieser Art würde nur dahin führen, den ohnehin schon so großen Geschäftskreis des auswärtigen Amtes noch zu erweitern und die Ausdehnung seiner Amtsthätigkeit auf ihm an sich fremde Geschäftskreise zu einer dauernden zu gestalten. Die Zeit, wo die kolonialpolitisch hauptsächlich in Gebietsveränderungen und in Verhandlungen über Gebietsabgrenzungen mit fremden Regierungen bestand, ist im wesentlichen verfliehen. Ganz andere Aufgaben sind künftig von unserer Kolonialpolitik zu lösen. Es handelt sich in den Kolonien jetzt um die gleiche Arbeit, welche im Kulturstaate, natürlich in viel intensiverer Weise, von den Verwaltungen des Innern, der Justiz, der Landwirtschaft, des Handels, der öffentlichen Arbeiten sowie der Kultus- und Verwaltungsämtern unserer Kolonien dauernd dem auswärtigen Amt unterstellen, hieße dieselben als Auslande, nicht als deutsche Gebiete behandeln. Die Frage, ob diese selbstständige Kolonialbehörde etwa in eine verwaltende und eine beratende, ein Kolonialamt und einen Kolonialrath, zu thei-

len wäre, wollen wir hier unerörtert lassen, wie wir auch bezüglich aller Einzelheiten der Organisation und Zusammenfassung uns näherer Vorschläge enthalten möchten. Nur das als unsere feste Ueberzeugung aussprechen, halten wir uns für verpflichtet, daß die Errichtung eines selbstständigen Kolonialamtes nicht weiter hinausgeschoben werden darf, wenn nicht unsere kolonialverwaltung verhängnisvollen Mißerfolgen ausgesetzt und damit die ganze koloniale Entwicklung Deutschlands aufs ernsteste gefährdet werden soll.

Görlitz, 12. November. (B. T.) Der freisinnige Verein beschloß die Abhaltung einer öffentlichen Protest-Versammlung gegen die vom Schulrath Voth beabsichtigten Experimente mit den hiesigen sechs-klassigen Volksschulen.

Kiel, 11. November. Die geschützten Kreuzer bilden einen Schiffstypus, der in den Flotten der neuesten Zeit eine wichtige und hervorragende Rolle zu spielen berufen ist. England besitzt zur Zeit 32 solcher schnellen geschützten Kreuzer, Frankreich 19, Italien 15, Spanien und Amerika je 11, Rußland 4 und Deutschland 2 („Zerne“ und „Prinzess Wilhelm“). Das erste Fahrzeug dieser Art, welches Rußland bauen ließ, der „Wladimir Monomach“, lief gestern in unseren Kriegshafen ein. Das schmale, voll getakelte Schiff gehört dem Typus der französischen gepanzerten Kreuzer der Duguesclin-Klasse an. Eine kurze Beschreibung des Schiffes dürfte willkommen sein. Seine Hauptdimensionen sind: Länge an der Radenasserlinie 90 Meter, Breite auf der Außenhaut 15,8 Meter, Breite auf den Spanten 15,5 Meter, Tiefe im Rumpf 9,8 Meter, Tiefgang vorn 6,4 Meter, Tiefgang achter 7,6 Meter, Displacement 5764 Tonnen. Das Schiff hat zwei Kompendmaschinen von je 3500 effektiver Pferdekräfte. Der Dampferzeugungs-Apparat besteht aus sechs Kesseln, jeder mit sechs Feuerungen. Der Kohlenverbrauch beträgt 1,8 bis 2 Pfund für die indizierte Pferdekräfte. Mit Rücksicht auf die Bestimmung des Schiffes zu weiten Fahrten kam es einen Kohlenvorrath von 1200 Tonnen fassen. Bei 90 Schraubenumdrehungen in der Minute und einem Dampfdruck von 70 Pfund in den Kesseln wird eine Fahrgeschwindigkeit von 16 Knoten erreicht.

Die Artillerie besteht aus vier Stück 300kgigen Geschützgeschützen in Barbetbüchsen, zwölf Stück langen 300kgigen Geschützgeschützen in der Batterie, hiervon zehn in den Breitseiten, einer vorn und einer achter; vier Stück 9-Pfünder und sechs Hotchkiss-Revolvier-Kanonen. Der Panzer bildet einen Gürtel an der Wasserlinie von 152 Millimeter Dicke; er besteht aus Kompendplatten im Gewichte von 360,000 Pfund. Der Turmpanzer ist 305 Millimeter dick. Der Schiffstörper ist aus Stahl und Eisen englischer Provenienz erbaut. Der Rumpf ist durch 10 Querschotten in 11 wasserdichte Abtheilungen getheilt. Das lebendige Werk ist mit einer doppelten Lage Holzplanen versehen und gepulvert. Die Steven und das Ruder sind aus Bronze erzeugt; der Vorkörper wiegt 36,000 Pfund, der Achterkörper 16,600 Pfund und das Ruder 20,000 Pfund. Die Maschinen mit allem Zubehör wiegen 1000 Tons. Die innere Beleuchtung wird durch elektrische Lampen bewirkt. Die Besatzung des Schiffes besteht aus 550 Köpfen. — Kurz nachdem der „Wladimir Monomach“ hier eingetroffen war, stieg der stellvertretende Chef der Marine-Inspektion der Flotte, Admiral Schering, dem Schiffe einen Besuch ab. Dasselbe wird 3 bis 4 Tage im hiesigen Hafen verweilen und sodann nach Christiania in See gehen. „Wladimir Monomach“ führt zu mehrjährigem Aufenthalt nach dem stillen Ozean.

Wilhelmshafen, 12. November. (B. T.) Das deutsche Uebungs-geschwader hat sich von Venedig nach dem österreichischen Kriegshafen Pola zu mehrtägigem Aufenthalt begeben.

Köln, 11. November. Für die Versammlung gegen den Sklavenhandel, welche am 25. d. M. im Gürzenich zu Köln stattfinden wird, ist als erster Redner gewonnen Vizepräsident Giese von der deutsch-österreichischen Gesellschaft, welcher zusammen mit dem Beamten Nielsen die weit ins Innere Afrikas vorgeschobene Station Mpuapua trotz des Aufstandes bis in diesen Sommer hinein besetzt hielt. Nachdem die Station von Vuschni überumpelt und Nielsen ermordet worden war, gelang es Giese, sich zur Küste durchzuschlagen. Der Reichskommissar Hauptmann Wismann eroberte dann, wie bekannt, vor Kurzem auf seinem Zug ins Innere die wichtige Station zurück, besetzte sie mit hundert Mann und künfte die gefangenen Wörder auf. Als zweiter Redner wird der Benediktiner-Missionar Vater Bonifacius auftreten, der auf der Station Bugu den Ueberfall der Araber miterlebte, bei welchem zwei Brüder und eine Schwester ermordet und die sämtlichen Gebäude der Station eingeäschert wurden. Zum Schluß wird Professor Dr. Fabri reden, von dem bekanntlich zuerst der Gedanke einer internationalen Antisklavereibewegung in Deutschland ausging. Wie glücklich er hierin die Gefühle unseres Volkes verstanden, beweist die Geschichte des letzten Jahres, das einmüthige Eintreten der Regierung und des Reichstages für diesen Gedanken und der erfolgreiche Anfang seiner praktischen Durchführung in Ostafrika durch Hauptmann Wismann.

Hamburg, 8. November. Das durch den Zollanstoß nothwendig gewordene Personal ist nunmehr bis auf wenige Ausnahmen dem hamburgischen Staatsdienste einverleibt, nachdem mehrere Hundert einseitig anderen Bundesstaaten entnommene Beamte durch festangestellte ersetzt worden sind. Es war den nunmehr in die Heimath zurückgekehrten Beamten freigestellt, sich ein Jahr nach dem Zollanstoß zu entscheiden, ob sie ganz in den hamburgischen Zolldienst übertraten oder in ihre frühere Wirksamkeit zurückkehren wollten. Der Aufendienst wird jetzt durch rund 1700 Beamte wahrgenommen, während der Bureaudienst ca. 150 Beamte erfordert. Außerdem arbeiten noch 160 Supernumerare im hamburgischen Zolldienst, von denen erst ein Theil im nächsten Jahre fest angestellt werden dürfte. Im Ganzen erfordert danach der hamburgische Zolldienst das ständige Beamtenheer von 2000 Beamten. Nach dem Gesetze betreffend die Handhabung der hamburgischen Zollerhebung sollte dem General-Zolldirektor (Gef. Rath) dochhammer, früher in Berlin) die Anzahl von 8 Räten beigegeben werden. Von den letzteren

sind bisher jedoch erst drei angestellt worden. Außerdem arbeiten in der General-Zolldirektion zur Zeit noch 6 Assessoren. Im nächsten Jahre dürften diese Stellen fest besetzt werden.

Weimar, 12. November. (B. T.) Die Verhandlung in dem gegen Rechtsanwalt Harmenting-Bein-eingelegten Prozeß findet am 2. Dezember statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. November. Ueber Bulgarien und den Kaiserbesuch in Konstantinopel läßt sich eine offiziöse Petersburger Stimme in der Wiener „Pol. Corr.“ wie folgt vernehmen:

Nachdem es sich zeigt, daß die bulgarische Frage bis zu einer neuen Ordnung der Dinge im status quo zu verbleiben bestimmt ist, wird das russische Kabinett sich von jenen Schwankungen und Zweifeln befreit fühlen, die sich seiner in der jüngsten Zeit bemächtigt hatten, und im Stande sein, eine endgültig bestimmte Haltung, und zwar im Sinne einer gleichzeitig friedlichen und unabhängigen Politik einzunehmen. Die Sache des allgemeinen Friedens kann übrigens dabei nur gewinnen, denn es läßt sich nicht leugnen, daß der Sturz des Prinzen Ferdinand höchst wahrscheinlich ernste Verwickelungen herbeiführt und die europäische Diplomatie in die gleichen Verlegenheiten verlegt hätte, wie seiner Zeit die Enthronung des Prinzen Alexander von Vattenberg. Das Aussehen wäre auch in diesem Falle schwerer als das Niederreißen, und es wäre im Falle des Umsturzes der gegenwärtigen Ordnung in Bulgarien für Rußland ziemlich schwierig, eine Neuordnung zu schaffen. Die Lösung der bulgarischen Frage könnte unter solchen Umständen in mehr als einer Beziehung zum Nachtheile Rußlands ausfallen, so daß es dem eigenen Interesse des letzteren entspricht, wenn diese Frage bis auf Weiteres eine offene bleibt. Man darf russischerseits offen angeben, daß Deutschland ebensovornig in der Lage ist, seine Politik von einem Tage auf den anderen zu ändern, als Rußland auf sein politisches Programm verzichten kann. Man kann sich somit in Petersburg mit dem Entschlusse der deutschen Regierung, Rußland gegenüber eine vollständig korrekte Haltung zu beobachten, gegenwärtig zu fassen geben, und es erscheint als sehr gut möglich, auf dieser Grundlage weitere Beziehungen zu entwickeln, welche sich für die beiden Reiche als befriedigend erweisen und auf das übrige Europa eine beruhigende Wirkung ausüben könnten. Daß diese Möglichkeit vorhanden ist, dafür büdete gerade in diesen Tagen die ruhige Stimmung, mit welcher man in Petersburg die Fahrt des Kaisers Wilhelm II. nach Konstantinopel beobachtete, den besten Beweis. Man ist überzeugt, daß die Feste das fernere Bewahren der Neutralität als in ihrem eigenen Interesse liegend erkennen muß, und sagt sich, daß die Kaiserbegegnung in Berlin keinen so verzerrten Charakter hätte annehmen können, wenn der deutsche Kaiser dem Jaren nicht auch betreffs seines Besuchs beim Sultan aufrichtige Versicherungen erteilt hätte. Diese ruhige Auffassung ist um so bezeichnender, als Niemand sich in Petersburg darüber im Unklaren war, daß das Erscheinen des deutschen Kaisers am Bosporus unter allen Umständen ein Ereignis von sehr bedeutender Tragweite ist, sowohl was den moralischen Eindruck betrifft, wie namentlich im Hinblick auf die Befestigung der bereits zwischen Deutschland und der Türkei bestehenden Bande. Wenn man sich durch diese Perspektive hier nicht beunruhigen ließ, so beweist dies ganz offenkundig, wie aufrichtig der Wunsch Rußlands ist, mit Deutschland in Frieden zu leben. Dieser Wunsch und überhaupt die Haltung Rußlands gegenüber Deutschland kann somit nicht von der Annahme der Prinzen Ferdinand in Sofia oder von seinem Sturze abhängen, sobald die Haltung Deutschlands diesem Prinzen gegenüber, der die bulgarische Krone an sich gerissen hat, nicht geeignet ist, die wesentlichen Interessen Rußlands zu gefährden oder seine Würde zu verletzen. Absichten, welche man Deutschland vor dem Jarenbesuche in Berlin zumuthen zu dürfen geglaubt hatte.

Wien, 12. November. (B. T.) Kaiser Franz Josef wird morgen die Mitglieder der Bischofskonferenz in Audienz empfangen.

Triest, 12. November. Heute Nachmittag ankerten in der Bucht von Muggia die deutschen Panzerschiffe „Deutschland“, „Friedrich der Große“ und „Preußen“. Der von denselben gegebene Salut der österreichischen Flotte wurde vom Kasell erwidert.

Schweiz.

Bern, 12. November. Der Bundesrath hat das Geheiß eines Schweizer Bürgers in Zürich, welcher für eine schweizerische Unternehmung die Ermächtigung zur Führung der eidgenössischen Flagge auf See nachsuchte, abschlägig beschieden.

Bern, 12. November. Der Große Rath von Bern genehmigte in namentlicher Abstimmung einstimmig die Fusion der Jura-Bern-Eisenbahn mit der schweizerischen Westbahn, sowie den Verkauf der Eisenbahn-Linie Bern-Luzern an die fusionierte Gesellschaft. Dieser Beschluß unterliegt nunmehr noch der Volksabstimmung.

Belgien.

Brüssel, 12. November. Die heutige Kammeression ist heute ohne besondere Feierlichkeiten eröffnet worden, das bisherige Präsidium und Bureau wurde wiedergewählt. Der Präsident beordnete die Gesetze über die Sozialreform als den Hauptgegenstand der Beratung. — Von den Studierenden ist eine Petition zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts eingegangen, gegen 200 Studierende hatten sich persönlich nach dem Kammerpalaste begeben, um dieselbe zu überreichen.

Frankreich.

Paris, 10. November. Der Rücktritt des Marineministers beschäftigt noch unangenehm die öffentliche Meinung, und zwar um so mehr, als derselbe für einen tüchtigen Organisator und Reorganisator galt und man in ihm ein Opfer sieht, das den Namen Ferry's, d. h. dem Opportunismus, gespendet wird. Die Leser wissen, daß in Tonkin seit Jahren zwei Strömungen sich bekämpfen, deren eine die Allmacht des Militärs,

die andere die des Zivilisten erstrebt. Der Admiral Krantz vertritt die erstere, der Unterstaatssekretär der Kolonien, Etienne, sekundiert von der gesamten boulangistischen Presse, die letztere. Etienne fordert eine Verringerung der Effectivstärke der Besatzungstruppen, welche sich lediglich auf die Defensiv, und zwar auf die des Kernaubes beschränken und von angeblich überflüssigen, größeren Expeditionen Abstand nehmen sollen. Man begreift ohne weiteres die Gefahren einer solchen Maßregel, welche das militärische Kommando natürlich zu einer Unterbehörde der Zivilregierung herabdrücken würde. Das Loos der zurückbleibenden und geschwächten Truppen wäre in der That wenig zu beneiden, wenn die Piraten, Ananiten und Chinesen ihrerseits zur Offensive übergingen.

Augenblicklich untersteht die Marine-Artillerie und Infanterie noch dem Marineministerium. Etienne und seine Freunde möchten sie diesem nehmen, um sie dem Kriegsministerium zu geben, und ein berühmter Ministerium für die Kolonien gründen. Sie würden dadurch die Verwaltung Tonkins ganz in ihre Hände bekommen und darin, wie ihre Gegner warnend hervorheben, dann ganz frei und unbefugigt schalten und walten können. Kurzum, man verächtigt sie, diese Umwälzungen lediglich aus selbstsüchtigen, finanziellen Gründen zu erstreben.

In wie weit derartige Anklagen berechtigt sind, lassen wir dahingestellt. Immerhin erscheint es uns wenig einleuchtend, daß man ein noch so wenig berühmtes Land bereits dem „pékin“ überantworten und die Initiative der Militärverwaltung abnehmen will. Es müßte doch erst gezeigt werden, daß die von dieser verführten größeren Unternehmen wirklich nutzlos waren, was durch deren Mißglücken doch noch keineswegs bewiesen ist. Dieser Trugschluß ist aber eben gerade in der opportunistischen Presse beliebt und läßt geheime Absichten vermuten, die zum mindesten verächtlich sind. Ebenfalls macht es auf den unbefangenen Beobachter einen recht ungünstigen Eindruck, daß die herrschenden Mächte die armen Kolonial-Truppen und deren Vorgesetzte, zum Lohn für die Ausdauer, mit der sie der Todesgefahr, der Dürstert und der grausamen Gegner und der noch grausameren Cholera trogen, ungestraft schmähern, verkleinern und verächtlichen dürfen. Sehr patriotisch ist das nicht.

Paris, 10. November. Herr Cahn vom „Figaro“, ein Vertreter des Einflusses von Jersy, an dessen Rückkehr indessen Niemand so recht glauben will, und aus guten Gründen — nämlich an, daß der Boulangismus auf der ganzen Linie wieder zur Offensive übergehen würde. Der gemeinlichste Schleier, welcher die Verhandlungen in Jersy dem Auge des Profanen entzieht, die vielen boulangistischen Versammlungen in Paris, welche alle für den nächsten Dienstag auf dem Eintrachtspalase eine Kundgebung vorbereiten, lassen über diese Absicht in der That keinen Zweifel mehr walten. Fragt sich nur, ob die Kundgebung nicht ebenso glücklich enden wird, wie so manche frühere. Immerhin ist es nicht zu leugnen, daß man auf der boulangistischen Seite nicht ganz sorgenfrei sei. So erklärt die „Liberte“, die „bête“ sei keineswegs tot, und dem hiesigen „Paris“ der Herren Ranc und Canten sträuben sich die Haare und er flüchtet die Zähne. Mit Spannung erwartet alle Welt den Dienstag, den Tag der Kammer-Eröffnung, über dessen Vorgänge der Telegraphenrat früher berichtet haben dürfte, als diese Zeiten erschienen. Die Spannung ist um so größer, als man noch nicht weiß, ob die Sozialisten, von denen der größte Theil bekanntlich antiboulangistisch ist, denn etwa demonstrativen kleineren Theil entgegenzutreten und dadurch die Umruhen des Tages vermehren werden. Man darf übrigens darauf rechnen, daß Herr Comlans, der in diesen Tagen bisher eine ziemlich feste Hand gezeigt hat, so viel Polizei- und Truppenmacht aufbieten wird, daß die boulangistischen Wiederbelebungsversuche gleich zu Anfang vereitelt werden dürften.

Paris, 12. November. Dem Vernehmen nach haben die Minister im heutigen Minister-rathe beschloffen, bis nach Beendigung der Wahlprüfungen im Amte zu bleiben.

Auf dem Konfordin-Platz sind umfassende Vorbereitungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei Eröffnung der Kammereröffnung getroffen. Zahlreiche Sicherheitsagenten halten sich auf dem Plage auf, in den benachbarten Kasernen sind die Truppen konfiguriert. Man glaubt indes, daß die Boulangisten, da das Publikum sich in Bezug auf die geplante Manifestation sehr gleichgültig zeigt, dieselbe überhaupt nicht ausführen werden.

Paris, 12. November. Die 5 Delegirten des Wahlbezirks von Montmartre fanden sich, begleitet von den boulangistischen Deputirten, heute Nachmittag im Palais Bourbon ein, um ihren Protest gegen die Wahl Joffrin's zu überreichen. Der Präsident der Kammer sandte zwei seiner Sekretäre an dieselben ab, welche den Protest entgegennahmen, um denselben an die Quäntur der Kammer zu übermitteln. Die mit der persönlichen Ueberreichung des Protestes beauftragte Kundgebung fand damit ihre Erledigung.

Paris, 12. November. Deputirtenkammer. Der Alterspräsident Pierre Blanc eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er konstatierte, daß die Republik nunmehr zum 5. Male über den Angriff ihrer verbündeten Feinde triumphiert habe. Die Kammer müßte der Wiederkehr jähmlicher Prüfungen begegnen, indem sie die Unzufriedenheit befriedige, welche solche Prüfungen veranlaßt. Er hoffe, die Kammer werde nicht wieder in früher begangene Fehler verfallen, und aufreißende Streitigkeiten, sowie unfruchtbare Diskussionen vermeiden. Blanc erinnerte ferner an den Erfolg der Ausstellung, welche Frankreich bei allen Nationen zum Ruhme gereiche und fügte hinzu: „An uns ist es jetzt, Frankreich glücklich zu machen, indem wir ihm Ruhe, Arbeit, wirtschaftliche Sparsamkeit und soziale Gerechtigkeit geben.“ Hieran begann die Abstimmung zur Wahl eines provisorischen Präsidenden.

Die Volksmenge, die auf dem Konfordin-Platz angeammelt war, hat sich erheblich vermindert.

Paris, 12. November. Der Senat vertrat sich nach einer kurzen geschäftlichen Sitzung, welche etwa 10 Minuten dauerte, auf Montag. Um 2 Uhr Nachmittag bewegte sich eine zahlreiche Menge mit Droulede, Rajant,

